

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 25. Juni 1986

am Donnerstag, dem 26. Juni 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Blunck (SPD)	82, 83	Menzel (SPD)	52, 53
Brück (SPD)	14	Müller (Düsseldorf) (SPD)	72
Catenhusen (SPD)	73, 74	Frau Odendahl (SPD)	60, 61
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	80, 81	Reimann (SPD)	23, 24
Frau Dann (DIE GRÜNEN)	49, 50	Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	3
Daweke (CDU/CSU)	4, 5	Frau Rönsch (Wiesbaden) (CDU/CSU)	32, 33
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	67, 68	Rusche (DIE GRÜNEN)	27, 48
Frau Eid (DIE GRÜNEN)	44, 45	Schanz (SPD)	1, 2
Eigen (CDU/CSU)	19, 20	Scharrenbroich (CDU/CSU)	63
Fischer (Homburg) (SPD)	77, 78	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	84, 85
Haungs (CDU/CSU)	9, 10	Schreiner (SPD)	54, 55
Hedrich (CDU/CSU)	87, 88	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	51, 58
Hinsken (CDU/CSU)	6, 7	Senfft (DIE GRÜNEN)	46, 47
Dr. Hirsch (FDP)	16	Dr. Sperling (SPD)	13
Frau Hönes (DIE GRÜNEN)	38, 39	Stahl (Kempen) (SPD)	75, 76
Dr. Hupka (CDU/CSU)	89, 90	Stiegler (SPD)	12, 64
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	71	Suhr (DIE GRÜNEN)	69, 70
Jagoda (CDU/CSU)	25, 26	Toetemeyer (SPD)	91, 92
Kalisch (CDU/CSU)	65, 66	Uldall (CDU/CSU)	15
Kirschner (SPD)	28, 29	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	42, 43
Kißlinger (SPD)	17, 18	Volmer (DIE GRÜNEN)	40, 41
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	59	Frau Wagner (DIE GRÜNEN)	35, 36
Dr. Kübler (SPD)	79, 93	Werner (Ulm) (CDU/CSU)	11
Dr. Lammert (CDU/CSU)	22	Frau Weyel (SPD)	21
Frau Dr. Lepsius (SPD)	30, 31	Wittmann (Tännesberg) (CDU/CSU)	62
Löffler (SPD)	56, 57	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	34
Lowack (CDU/CSU)	86	Frau Zeitler (DIE GRÜNEN)	37
Mann (DIE GRÜNEN)	8		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	14
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	15
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	16

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Abgeordneter
Schanz
(SPD)

Wie beurteilt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Köhler, das wegen Bedenken der KfW wegen angeblich mangelnder Rentabilität gefährdete Aufforstungsprojekt in der Bassila-Region von Nordbenin, nachdem er Ende April/Anfang Mai bei seiner Reise nach Benin Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit Staatspräsident Kerekou hatte?
2. Abgeordneter
Schanz
(SPD)

Hat die Ordensverleihung, die dem Parlamentarischen Staatssekretär dort zuteil geworden ist, einen besänftigenden Einfluß auf diese Rentabilitätsüberlegungen gewinnen können, die nach Ansicht der Fraktion der SPD sowie nach gemeinsamer EntschlieÙung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages bei einer Entscheidung über Entwicklungshilfeprojekte keinesfalls den Ausschlag geben sollten und darüber hinaus gerade bei Aufforstungsprojekten nur sehr langfristig zu sehen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)

Sind die Einfuhr, der Verkauf und die Benutzung von Schleudergeräten (sog. Katapulte) von der Art, wie sie bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Wackersdorf und Brokdorf verwendet wurden und die zu erheblichen Verletzungen von Polizisten geführt haben, gesetzlich erlaubt, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um bei bevorstehenden Demonstrationen Leben und Gesundheit der eingesetzten Polizisten wirksam zu schützen?
4. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Kreis Lippe nur fünf Strahlenschutzanzüge verfügbar sind, und stimmen Pressemitteilungen, daß auch Meßgeräte zur Messung von Radioaktivität nur unzureichend verfügbar waren?
5. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)

Falls ja, welche Instanz ist dafür verantwortlich, und wie wird sichergestellt, daß für die Zukunft ausreichende Vorsorge geschieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

6. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung Meldungen der Presse, daß kürzlich ein Münchener Richter bei einem Strafverfahren Politiker als „potentielle Mörder“ („nicht der kleine Soldat ist der potentielle Mörder, sondern diejenigen, die ihn aufstellen“) bezeichnet hat?

7. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, gegen solche ungeheuerlichen Entgleisungen vorzugehen?
8. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit Anfang Februar 1986 bei der Polizeidirektion Amberg eine Sonderkommission WAA ausschließlich Anzeigen im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen den Bau der WAA in Wackersdorf bearbeitet, und zwar bis zum 9. Mai 1986 insgesamt 1900 Einzelanzeigen, und hält die Bundesregierung im Hinblick auf ihre Zuständigkeit, z. B. für den Bundesgrenzschutz, das Demonstrationsrecht oder Gesetze zur Entlastung der Justiz, an der vom Parlamentarischen Staatssekretär Erhard am 16. April 1986 geäußerten Auffassung fest, die Zahl der strafrechtlichen Ermittlungsverfahren wegen Demonstrationen gegen den Bau der WAA in Wackersdorf gehöre weder mittelbar noch unmittelbar in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

9. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU) Welche Hinderungsgründe gibt es für eine Öffnung des kleinen Grenzübergangs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über den Rhein bei Schwanau-Nonnenweiher rund um die Uhr, und warum ist es nicht möglich, die Öffnung über den Kreis der Anliegergemeinden Schwanau und Gerstheim hinaus zu ermöglichen, nachdem es seitens der Zollverwaltung keine Bedenken gibt?
10. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU) Wie ist die Situation an anderen kleinen Grenzübergängen in der Bundesrepublik Deutschland?
11. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den an Existenzgründer nach dem Förderprogramm des Bundes zum Existenzgründungssparen gewährten Ansparschuß in Höhe von 20 v. H. des angesparten Kapitals von der Einkommensteuer freizustellen?
12. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die US-Streitkräfte in Bayern mit einem Stufenplan, beginnend ab September 1986, den Abbau von mehreren hundert Arbeitsplätzen in Garmisch-Partenkirchen, Berchtesgaden, Würzburg, Kitzingen, Giebelstadt, Wertheim und Schweinfurt beabsichtigen, und was wird sie unternehmen, um dem beabsichtigten Abbau von etwa 23 000 Arbeitsplätzen im gesamten Bundesgebiet entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

13. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Welchen Stand hat die seit ca. zwei Jahren erfolgende Prüfung der Vorschläge zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, die die Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der Umweltministerkonferenz vorgelegt hat, mittlerweile erreicht, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Prüfung?
14. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit beschlossene integrierte grenzüberschreitende Programm Saar-Lor-Lux?
15. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ihre wirtschaftspolitische Zielsetzung, die Inanspruchnahme von Unternehmensberatungen zu fördern, gezielt durch den in der März-Ausgabe der DGB-Zeitschrift „Die Mitbestimmung“ zitierten Leitfaden für die Behinderung der Arbeit von Unternehmensberatungen unterlaufen wird, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, ihre Fördermaßnahmen gegenüber dem auch von den Gewerkschaften getragenen Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft zu überdenken?
16. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung der Lieferung von U-Booten an Saudi-Arabien zugestimmt hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

17. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Welchen Betrag in DM würde die Bundesrepublik Deutschland einsparen, wenn unter Wegfall von Preis- und Abnahmegarantie sowie jeglicher Subventionen, Ausgleichszahlungen und übriger Hilfen den Landwirten dafür 1 500 DM je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gezahlt würde?
18. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß nur ca. 20 v. H. bis 25 v. H. der Ausgaben der EG den Landwirten zukommen, und wenn ja, ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß diejenigen, die die übrigen 75 v. H. erhalten, jede Neuordnung in der Agrarpolitik verhindern werden, weil sie an der Überschußwirtschaft ungewöhnlich hoch verdienen?
19. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welche Zuschüsse werden in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Irland für die Haltung von Fleischrindern als Mutterkühe aus EG- und nationalen Mitteln gezahlt?

20. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesrepublik Deutschland die von der Europäischen Gemeinschaft vorgesehenen Mittel zur Förderung der Haltung von Fleischschindern voll ausschöpfen, um eine der unzähligen Wettbewerbsverzerrungen in der Europäischen Gemeinschaft abzubauen?
21. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es unter Berücksichtigung des Vermerks des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Buchführung landwirtschaftlicher Betriebe vom 17. März 1986 für angemessen bzw. erforderlich, im Hinblick auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen und die Beurteilung betriebswirtschaftlicher Abläufe für alle Haupterwerbsbetriebe die Buchführungspflicht einzuführen, wie das für gewerbliche Betriebe gilt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

22. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Welche Rechtfertigung besteht heute noch für die §§ 1 bis 11 der Verordnung über die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen vom 2. Dezember 1971, und welche Absichten hat die Bundesregierung, die daraus sich ergebenden tatsächlichen Benachteiligungen der Frauenerwerbstätigkeit zu beseitigen?
23. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung von Sozialarbeitern und Trägern von Maßnahmen zum Benachteiligtenprogramm, den Jugendlichen in Fördermaßnahmen aus Motivationsgründen die Berufsausbildungsbeihilfe nicht mehr ausschließlich einkommensbezogen zu gewähren, sondern einen festen Sockelbetrag von 275 DM zu bezahlen und den Rest einkommensabhängig zu machen, analog zum Gesetz DRL-BMA über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche aus Bundesmitteln?
24. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, für das Begleitpersonal in sozialpädagogischen und pädagogischen Maßnahmen die neuen Richtlinien zu den AB-Maßnahmen für Ausbilder in außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen zu übernehmen, nach denen es dem Träger möglich ist, den Ausbilder über einen Zeitraum von drei Jahren zu beschäftigen, ohne eine Verpflichtung zur Übernahme des Arbeitnehmers einzugehen?
25. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschäftigungsmöglichkeiten der Jugendlichen des Ausbildungsjahrgangs 1983, die in diesen Wochen ihre berufliche Erstausbildung beenden?

26. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung besondere Vorsorge getroffen, daß der Berufsstart dieser Jugendlichen nicht mit Arbeitslosigkeit beginnt?
27. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN) Stimmt die Bundesregierung mit der Ansicht des Bundesgesundheitsrates überein, daß für Berufstätige an Bildschirmgeräten und Fernsehweitergabegeräten keine Gefahr für die Gesundheit und auch für an den Bildschirmgeräten arbeitende Schwangere und deren Babys kein Grund zur Besorgnis besteht?
28. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie viele Beschäftigungsverhältnisse, deren Entgelte unter der Sozialversicherungsgrenze von 410 DM liegen, werden derzeit in der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt, und wie viele davon entfallen jeweils auf die private Wirtschaft und auf die öffentliche Hand?
29. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie viele davon entfallen wiederum auf Privatfirmen, die für die öffentliche Hand tätig sind, und auf Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

30. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wie ist der Verhandlungsstand der Bundesregierung über eine Erweiterung der militärischen Anlagen beim NATO-Flugplatz Söllingen, und welche Investitionen sind hierfür vorgesehen?
31. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Ist daran gedacht, auf dem NATO-Flugplatz Söllingen andere Waffensysteme zu installieren und amerikanische Einheiten zu stationieren?
32. Abgeordnete
Frau
Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Bemühungen der hessische Ministerpräsident bisher unternommen hat, um geeignete Ausweichmöglichkeiten für den Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim zu benennen?
33. Abgeordnete
Frau
Rönsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Welchen Einfluß hat die Bundesregierung auf die schnelle Bereitstellung von Alternativstandorten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

34. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Methoden zur Früherkennung des Lungenkrebs (Zytologische Untersuchung des Sputums), wie sie vor allem von Professor Dr. Alfred Böcking, Klinikum Aachen, und die Erkennung von Erbanlagen für Krebs durch Blutproben, wie sie unter

- der Verantwortung von Professor Hugo W. Rüdiger von der Uni-Klinik Hamburg entwickelt und weiter verbessert wurden, und ist die Bundesregierung bereit, derartige Forschungsvorhaben als wichtige Beiträge zur Krebsbekämpfung und -vermeidung besonders zu fördern und möglichst bald Vorsorgeuntersuchungen – insbesondere für Raucher – einzuführen?
35. Abgeordnete
Frau Wagner
(DIE GRÜNEN)
- Wie stellt sich die Bundesregierung die gesamte Arbeitszeitregelung vor, wenn sich die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in ihrer Rede zu „Frauen im öffentlichen Dienst“ für den zentralen Bereich ihrer Politik, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgesprochen hat auf der Grundlage ihrer Überzeugung „Jedes Mitglied der Gesellschaft hat ein Recht und eine Verpflichtung, in beiden Bereichen tätig zu werden“ und für Lösungen, wie z. B. familienfreundliche Arbeitszeiten, eintreten will?
36. Abgeordnete
Frau Wagner
(DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch, daß Frau Bundesministerin Dr. Süßmuth auf einer Veranstaltung des Landfrauenrates Niedersachsen bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung auf mögliche massive Widerstände hingewiesen hatte, und in einer anderen Rede auch die Notwendigkeit von Quotendiskussionen befürwortete, die sie aber dann in ihrer Rede zu „Frauen im öffentlichen Dienst“ grundsätzlich ablehnte und auf Richtlinien und Leitfäden verwies, und ist die Bundesregierung mit uns der Auffassung, daß gerade angesichts der realistischen Prognose der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit nur eine Quotenregelung im Erwerbsbereich den notwendigen Druck zur Realisierung der Gleichberechtigung ausübt?
37. Abgeordnete
Frau Zettler
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, die in einem SPIEGEL-Gespräch im letzten Jahr es als „flexibles Verhalten“ ansah, wenn „weniger Frauen ein Lehramtsstudium aufnehmen (...), sondern eine andere Ausbildung wählen, wo sie womöglich mehr Chancen haben“, und versteht sie dies so, daß der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt und die Diskriminierung von Frauen bei Ausbildungsplätzen, die nicht zu den wenigen traditionell weiblichen Berufen gehören, keinen Einfluß hätten, sondern kommt es nach Meinung der Bundesregierung auf die jeweils individuelle Flexibilität der Frauen an?
38. Abgeordnete
Frau Hönes
(DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung den Meinungsumschwung ihrer Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, die noch im Januar 1986 anläßlich einer Rede vor der Handwerkskammer Würzburg die Forderung

von Frauenvereinigungen und Frauen-Arbeitsgemeinschaften in politischen Parteien nach Quotenregelungen oder dynamischen Richtwerten für die Steigerung des Frauenanteils bei der Besetzung aller parteilichen Gremien als „jetzt schon sehr erfolgreich“ begrüßt hat, sich aber zuletzt Anfang Juni 1986 gegenüber dpa gegen starre Quoten zur Erreichung dieses Zieles aussprach, und wie erklärt sie sich diese nachträgliche Distanzierung von Frau Dr. Süßmuth von der Quotierungsdiskussion, die von ihr zunächst befürwortet wurde und in ihrer Bedeutung als „über die politischen Parteien hinausgehend“ eingeschätzt worden war?

39. Abgeordnete
**Frau
Hönes**
(DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung ihrer Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, wonach „es (...) ein Skandal (ist), daß wir bei der Beteiligung der Frauen im Parlament immer noch nicht weiter sind als der Reichstag von 1919: bei 10 v. H.!“, und wird sie dann den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, der zum Inhalt hat, durch eine Änderung des Bundeswahlgesetzes sicherzustellen, daß in künftigen Bundestagen die Geschlechter paritätisch vertreten sind, unterstützen?

40. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die öffentlich geäußerte Kritik ihrer Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit daran, daß die Familie nur über die Institution Ehe steuerlich begünstigt wird, dahin gehend umsetzen, daß sie die durchgängig im Familien- und Steuerrecht vorhandene Diskriminierung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften beseitigen wird?

41. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung, deren Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht, sich für das Ende eines Ehegattensplitting-Modells einsetzen, das bisher vor allem die traditionelle Hausfrauenehe subventioniert, da hier der Steuervorteil maximal ist, und durch das indirekt verheiratete Hausfrauen von der Aufnahme einer eigenen Erwerbsarbeit abgehalten werden?

42. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)

Hält es die Bundesregierung, die als einen wichtigen Vorzug des Bundeserziehungsgeldgesetzes die Wahlfreiheit der Inanspruchnahme durch die Mutter oder den Vater betont, mit dieser indentierten Wahlfreiheit für vereinbar, daß die wachsende Anzahl von Vätern in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften von der Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs und des Erziehungsgeldes automatisch ausgeschlossen ist, und wird sie das Gesetz dahin gehend ändern, daß sie diese neuerliche Diskriminierung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften beseitigen, d. h. auch ledige Väter in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufnehmen wird?

43. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß Alleinerziehende das Erziehungsgeld praktisch nicht in Anspruch nehmen können, da es u. E. unrealistisch ist, von 600 DM Erziehungsgeld plus einem ungeschützten Arbeitsverhältnis von maximal 19 Stunden den Lebensunterhalt von zwei Personen zu sichern?
44. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung angesichts der nach wie vor erheblichen Unterschiede zwischen den Erwerbseinkommen von Männern und Frauen eine tatsächliche Wahlfreiheit zwischen ihnen bei der Inanspruchnahme von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub für gegeben, oder teilt sie unsere Einschätzung, daß kaum ein Mann auf sein Erwerbseinkommen zugunsten eines Erziehungsgeldes in Höhe von 600 DM verzichten wird?
45. Abgeordnete
Frau Eid
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung unsere Einschätzung, daß die fehlende Arbeitsplatzgarantie beim Erziehungsurlaub ein weiterer Hinderungsgrund für viele Väter sein wird, diesen in Anspruch zu nehmen?
46. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung mit uns und zahlreichen Frauen aus den Gewerkschaften der Auffassung, daß das Erziehungsgeld gegenüber dem ursprünglichen Mutterschaftsgeld in Höhe von 750 DM eine Verschlechterung und einen Rückschritt für die berufstätigen Frauen bedeutet?
47. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß die beitragsfreie Mitversicherung des/der Erziehungsgeldberechtigten in der gesetzlichen Krankenversicherung anstelle eines steuerfinanzierten Bundeszuschusses vor allem die unteren und mittleren Lohneinkommen zusätzlich belastet?
48. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung angesichts der Tatsachen, daß nach Angaben der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit bisher rund zwei Drittel aller Frauen, die eine einmalige Hilfe durch die Stiftung „Mutter und Kind“ erhalten haben, Alleinerziehende sind und daß die ursprünglich für 1985 geplanten Stiftungsmittel von 50 Millionen DM bereits im Juni desselben Jahres ausgegeben bzw. verplant waren, unsere Überzeugung, daß eine solche Stiftung, auf deren Unterstützung kein Rechtsanspruch besteht, nicht geeignet ist, eine kontinuierliche Unterstützung von Müttern in existenzsichernder Höhe und auf Basis eines Rechtsanspruchs zu ersetzen?
49. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Anerkennung, die ihre Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit der Frauenbewegung als wichtige Pioniergruppe ausgesprochen

hat, über diese verbale Anerkennung hinaus auch dadurch auszudrücken, daß sie Inhalte und Forderungen der Frauenbewegung aufgreifen wird, die diese seit mehr als zehn Jahren vertritt?

50. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)
- Was kann die Frauenbewegung von der Bundesregierung konkret hinsichtlich der Umsetzung ihrer Ziele erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

51. Abgeordneter
Dr. Schwenk (Stade)
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für angebracht, nach dem Bekanntwerden der Auswirkungen der Kernkraftkatastrophe von Tschernobyl auf die nähere und weitere Umgebung der Stadt die Planungen für den Fall nichtmilitärischer radioaktiver Verseuchung zu ändern und die für Zivilschutzbauten einzusetzenden Mittel so zu verwenden, daß leistungsfähige Versorgungsstützpunkte für den Fall einer radioaktiven Katastrophe errichtet werden, und wenn nein, warum nicht?
52. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Vereinbarung zur Reinhaltung des Rheins, nach der sich Frankreich verpflichtet hatte, die Kali- bzw. Salzeinleitungen in den Rhein drastisch zu reduzieren, an Frankreich Zahlungen geleistet?
53. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wenn ja, in welcher Höhe, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit Frankreich die vertragliche Regelung einhält?
54. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Welche Rolle hat der Atomkraftwerkskomplex Cattenom beim jüngsten Gipfelgespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterand gespielt?
55. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung am 27. März 1986 in der „Moselkommission“ den Bau und den Betrieb des Atomkraftwerkskomplexes Cattenom akzeptiert hat, und inwieweit sind die Atomkraftwerke in Cattenom mit dem Euratom-Vertrag vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

56. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dem geheimgehaltenen Gutachten der Deutschen Eisenbahn Consulting über den Eisenbahn-Transitverkehr nach Berlin ein?

57. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur zukünftigen Gestaltung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin entgegen den Empfehlungen des Gutachtens?
58. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Worauf führt es die Bundesregierung zurück, daß bei dem Ölunfall auf der Weser bei Bremerhaven am 10. Juni 1986 Ölbekämpfungsmaßnahmen erst mit solcher Verspätung einsetzten, daß die Ölverschmutzungen an den Weserstränden, insbesondere im Wurster Watt, nicht verhindert werden konnten?
59. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, daß FSJ-Helfer (Teilnehmer am freiwilligen sozialen Jahr) eine Ermäßigung bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erhalten?
60. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) Wie ist der Stand der Planung für den Basis-Tunnel Leonberg der Autobahn A 81?
61. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) Wann kann mit dem Beginn der Bauarbeiten am Basis-Tunnel Leonberg gerechnet werden?
62. Abgeordneter
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf den Vorstand der Deutschen Bundesbahn (DB) dahin gehend einzuwirken, daß der DB-Vorstand die Verfügung der Bundesbahndirektion Nürnberg vom 18. April 1986, mit der die Auflösung der Nachrichtenmeisterei Weiden zum 1. Oktober 1986 endgültig angeordnet wird, durch eine entsprechende Anordnung außer Kraft zu setzen?
63. Abgeordneter
Scharrenbroich
(CDU/CSU) Welche Bedeutungen haben für die Bundesregierung bei der Aufstellung des Bundeshaushalts verkehrspolitische Investitionen bei der kurz- und mittelfristigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem in strukturschwachen Gebieten?
64. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Absichten verfolgt die Deutsche Bundesbahn im Hinblick auf die Bundesbahndienststellen im Raum Weiden/Oberpfalz, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um dem beabsichtigten Stellenabbau entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

65. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, wonach Sendungen mit Postzustellungsurkunden nicht von durch den Adressaten bevollmächtigten Personen bei seiner Abwesenheit entgegengenommen werden dürfen und auch

- keine Benachrichtigungskarte hinterlassen wird, so daß gegebenenfalls Fristen versäumt und Schadenersatzansprüche der Absender geltend gemacht werden können?
66. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Einführung von Ausnahmeregelungen für Kleinbetriebe, so daß bei Abwesenheit des Inhabers durch Urlaub oder Krankheit Sendungen mit Postzustellungsurkunde durch Bevollmächtigte zur Einhaltung bestehender Fristen entgegengenommen werden können, oder werden zukünftig mindestens Benachrichtigungskarten durch den Zustellungsbeamten bei Abwesenheit des Adressaten hinterlassen?
67. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Trifft es zu, daß gutachterliche Bodenuntersuchungen im Auftrage der Landespostdirektion Berlin ergeben haben, daß der Bau der Erd-Funk-Anlage der Deutschen Bundespost in Berlin-Wannsee erhebliche Schadstoffemissionen mit einem hohen Polychlorbiphenylen (PCB) freisetzen könne und die Erschütterungen bei der Pfahlgründung der Anlage nicht nur einen enormen technischen Aufwand erfordern würde, sondern auch Auswirkungen auf den 100 Meter entfernt stehenden Kernreaktor des Hahn-Meitner-Instituts haben könnte?
68. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen gedenkt die Deutsche Bundespost daraus zu ziehen, insbesondere im Hinblick auf die Mahnung von Experten hinsichtlich des stark methanhaltigen und damit explosiven Deponiegases, was spezielle Schutzvorkehrungen während der Bauphase sowie doppelt gesicherte Warneinrichtungen und explosionsgeschützte Lüftungen notwendig macht?
69. Abgeordneter
Suhr
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Bundesrechnungshof monierten Fall, wonach der rumänische Schriftsteller und ehemalige Kommunist Petru Dumitriu drei Jahre lang per Werkauftrag über jeweils knapp 100 000 DM im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen mit eigenem Büro und Telefon arbeitete und ihm Bundesminister Dr. Schwarz-Schilling die im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen erstellten Bücher (113 000 Exemplare) für rund eine halbe Million DM abkaufte?
70. Abgeordneter
Suhr
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Fall Dumitriu zur Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den Marburger Postbeamten und DKP-Stadtverordneten Herbert Bastian bereit?
71. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die derzeitige Staffelung der Fernsprechgühren für Telefongespräche nach Entfernungszonen nicht kostengerecht ist und den ländlichen

Raum benachteiligt, und welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung, um im Zuge des Aufbaus eines digitalen Vermittlungs- und Übertragungssystems diese Benachteiligung des ländlichen Raums abzubauen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

72. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden der Vorfälle am Pariser Pasteur-Institut, bei denen zwei Wissenschaftler an einem Krebs starben und ein dritter erkrankt ist, unternommen, um einen genauen Überblick über die Vorfälle zu erhalten, und worin unterscheiden sich die Sicherheitsauflagen, unter denen die betroffenen Wissenschaftler ihre gentechnischen Experimente am Pariser Pasteur-Institut durchführten, von den Sicherheitsauflagen für die gentechnologische Forschung, die zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland gelten?
73. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Art von gentechnischen Experimenten haben die Wissenschaftler, die am Pariser Pasteur-Institut an einem seltenen Krebs erkrankt bzw. gestorben sind, durchgeführt, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Auftreten von gehäuften Krebserkrankungen bei Wissenschaftlern in den Labors für Molekularbiologie am Pariser Pasteur-Institut für die Frage der Sicherheit der gentechnischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland zu?
74. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus für die Fortentwicklung der bundesdeutschen Sicherheitsrichtlinien für die Genforschung zu ziehen?
75. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, für den Raumfahrtbereich bezüglich eines verstärkten eigenständigen europäischen Weltraumpotentials endlich eine klare Entscheidung zu fällen?
76. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Ist es ein neuer politischer Stil des Bundesministers für Forschung und Technologie, bei kontroversen sachpolitischen Vorstellungen Beamte beim Bundesminister für Forschung und Technologie für das mangelnde Durchsetzungsvermögen und die Entscheidungsunfähigkeit des zuständigen Ministers im Kabinett verantwortlich zu machen und in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, wie die Presse berichtet?
77. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung hinsichtlich der Frage einer deutschen Beteiligung an HERMES?

78. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Welchen Umfang könnte eine deutsche Beteiligung an HERMES annehmen, und welche Vorbedingungen stellt die Bundesregierung für eine solche Beteiligung bezüglich Programmführung, Systembeteiligung und Arbeitsanteilen für deutsche Firmen sowie Berücksichtigung der deutschen Infrastruktur wie GSOC, ESOC etc.?
79. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung auf der dritten Eureka-Konferenz der Eureka-Staaten sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß sich Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen insbesondere der DDR, aber auch anderer Ostblockstaaten, an einzelnen Eureka-Projekten beteiligen können, und auf welchen wissenschaftlich-technischen Gebieten sieht die Bundesregierung im Rahmen von Eureka-Projekten Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostblocks, vor allem der DDR?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

80. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Welche konkreten zusätzlichen Kompetenzen hat die Aufnahme des Zusatzes „und Frauenfragen“ aus dem Organisationserlaß des Bundeskanzlers für die neue Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zur Folge?
81. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Welche organisatorischen und personellen Umstrukturierungen und Veränderungen wird die Umbildung des bisherigen Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit zur Konsequenz haben, um diese Kompetenzen angemessen erfüllen zu können?
82. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Für welche Gesetze mit Frauenrelevanz ist die federführende Gesetzgebungskompetenz des Bundesministers der Justiz auf das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit übergegangen?
83. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Betrifft dies insbesondere die Gesetzgebungskompetenz des Bundesministers der Justiz auf den Gebieten Scheidungsrecht, Versorgungsausgleich, § 218 StGB sowie Opferschutzgesetz (Vergewaltigung)?
84. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Trifft es zu, daß Gesetzgebungskompetenzen und Federführung für den Bereich des Arbeits-, Berufs- und Rentenrechts, soweit Frauen betroffen sind, als Folge der Namensergänzung vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung abgezogen und auf das ergänzte Bundesministerium übertragen wurden?

85. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die finanziellen Mittel für Förderungsmaßnahmen für Frauen in den Bereichen Arbeit, Beruf, Renten und Soziales, soweit sie bisher dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zugewiesen, jetzt dort abgezogen wurden und dem ergänzten Bundesministerium zugewiesen worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

86. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zukünftig auch wieder die Einrichtung und den Unterhalt von deutschen Kindergärten im Ausland zu unterstützen?
87. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Welche Mittel stellt die EG für die schwarze Bevölkerung in der Republik Südafrika zur Verfügung, und wer sind die Empfänger?
88. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Gruppen, die für eine gewaltfreie Lösung der Probleme Südafrikas eintreten (wie z. B. die Inkatha von Mangosuthu Buthelezi), zu unterstützen?
89. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die mit einem Besuch des Goethe-Institutes in Bukarest verbunden sind, indem ein freier Zugang ohne polizeiliche Beobachtung (und wohl auch Registrierung) nicht möglich ist und für Deutschkurse von Deutschlehrern die Teilnahme durch einen peinlichen bürokratischen Apparat behindert wird, und welche Schritte hat die Bundesregierung unter Berufung auf Korb III der KSZE-Schlußakte unternommen?
90. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der offiziellen „Rzeczpospolita“ (26. Mai 1986) der Kreisauer Kreis des deutschen Widerstandes gegen Hitler und dessen Bedeutung unter Verfälschung der Tatsachen bewußt falsch dargestellt wird, um das Ersuchen des Deutschen Bundestages, in Kreisau eine Gedenktafel zu errichten, zu unterlaufen und ad absurdum zu führen, und wie hat sich die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Warschau dazu verhalten?
91. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Presseberichte vom 8. Mai 1986 aus Uganda bekannt, nach denen Medikamente aus deutschen Hilfslieferungen unbrauchbare – d. h. mit dem Verfallsdatum 15. Dezember 1984 versehene – Schmerzmittel enthalten haben?

92. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welche Mittlerorganisation für diese Hilfslieferung verantwortlich ist?
93. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Hat die Bundesregierung durch Übernahme der Transportkosten eine Medikamentenlieferung unterstützt, die laut Presseberichten aus Uganda vom 8. Juni 1986 unbrauchbare, d. h. mit Verfallsdatum 15. Dezember versehene Schmerzmittel enthalten haben soll, und wie will die Bundesregierung in Zukunft sicherstellen, daß von ihr unterstützte Hilfslieferungen keine unbrauchbaren Medikamente enthält?

Bonn, den 20. Juni 1986

